

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Georgische Banden nutzen Visafreiheit aus

Seit die EU im März 2017 die Visapflicht für Georgier abgeschafft hat, schnell nicht nur die Zahl georgischer Asylbewerber ohne Bleibeperspektive hoch, sondern auch die Eigentumskriminalität im Umfeld der Flüchtlingsheime mit vielen georgischen Asylbewerbern.

Zudem drängt die georgische Regierung geradezu, der Bund solle Georgien zu einem sicheren Herkunftsland erklären. Das würde die Rückführung georgischer Asylbewerber beschleunigen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele georgische Staatsangehörige haben in Rheinland-Pfalz einen Antrag auf Asyl gestellt (bitte aufgliedert nach den Jahren 2016 und 2017)?
2. Wie hoch war die Anerkennungsquote auf Asyl bei georgischen Staatsangehörigen (bitte aufgliedert nach den Jahren 2016 und 2017)?
3. Wie viele georgische Staatsangehörige sind in den Jahren 2016 und 2017 strafrechtlich in Erscheinung getreten?
4. Wie viele georgische Staatsangehörige sind in den Jahren 2016 und 2017 abgeschoben bzw. ausgewiesen worden?
5. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, das Land Georgien im Rahmen einer Bundesratsinitiative zu einem sichereren Herkunftsstaat zu erklären?
6. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, im Rahmen einer Bundesratsinitiative, eine vorübergehende Aussetzung der Visafreiheit nach dem dafür EU-rechtlich vorgesehenen Aussetzungsmechanismus für georgische Staatsangehörige einzubringen?
7. Was unternimmt die Landesregierung dagegen, dass hochprofessionelle Banden die Zeit der Prüfung ihrer Asylverfahren zur Begehung von Straftaten nutzen?

Matthias Lammert